

Kernpunkte 1

Januar 2012 / Kurzdokumentation zur Kernenergiediskussion: Tatsachen und Argumente

EU-Stresstest bestätigt Sicherheit der Schweizer Kernkraftwerke

Der EU-Stresstest bestätigt erneut den hohen Sicherheitsstandard der Schweizer Kernkraftwerke und die Richtigkeit der bisher getroffenen Massnahmen aufgrund der Erkenntnisse aus dem Reaktorunfall im Kernkraftwerk Fukushima-Daiichi. Dies hält das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) im nun vorliegenden Länderbericht fest. Die Aufsichtsbehörde hat aber zusätzlich acht «offene Punkte» identifiziert, die zu weiteren Verbesserungsmaßnahmen führen sollen. Mit dem EU-Stresstest ist die Nachbearbeitung der Fukushima-Folgen in der Schweiz noch nicht abgeschlossen. Bis Ende März 2012 müssen die Betreiber Nachweise zur Beherrschung des 10'000-jährlichen Erdbebens und zur Kombination von Erdbeben und erdbebenbedingtem Versagen der Stauanlagen im Einflussbereich des Kernkraftwerks erbringen. Bei diesen Sicherheitsnachweisen werden strengere Gefährdungsannahmen als beim EU-Stresstest unterstellt.

Ensi-Bericht zu Fukushima: Radiologische Auswirkungen

Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) hat einen Bericht zu den radiologischen Auswirkungen des Reaktorunfalls in Fukushima-Daiichi veröffentlicht. Er stellt in einem Kapitel die Reaktorunfälle von Tschernobyl (1986) und Fukushima-Daiichi (2011) gegenüber. Beim Vergleich der ökologischen und radiologischen Konsequenzen der beiden Reaktorunfälle ist laut Bericht derjenige von Tschernobyl aus heutiger Sicht klar als schwerwiegender einzuschätzen. Durch Explosion und Brand im Inneren des Reaktors in Tschernobyl gelangten etwa fünf- bis zehnmal mehr radioaktive Stoffe in die Atmosphäre und sie erreichten wesentlich grössere Entfernungen als in Fukushima-Daiichi, wo ein grosser Teil der

Freisetzung von den bewohnten Gebieten weg in Richtung des Pazifischen Ozeans erfolgte. Ein Vergleich der langfristigen Folgen beider Unfälle ist laut Ensi-Bericht derzeit noch schwierig, weil für Fukushima-Daiichi bislang nicht alle relevanten Informationen vorliegen. Nach den bis heute verfügbaren Daten würden die effektiven Strahlendosen für die einheimische und weltweite Bevölkerung durch Fukushima-Daiichi wesentlich kleiner ausfallen als bei Tschernobyl.

Kalte Abschaltung in Fukushima-Daiichi erreicht ...

Gut neun Monate nach der Naturkatastrophe in Japan mit dem verheerenden Erdbeben und den anschliessenden Tsunami konnte der japanische Premierminister Yoshihiko Noda bekannt geben, dass die havarierten Reaktoren von Fukushima-Daiichi einen stabilen Zustand erreicht haben und als kalt abgeschaltet gelten. Das bedeutet, dass die Temperatur des Kühlwassers weniger als 100°C beträgt und die Strahlendosis für eine Person am Grenzzaun der Anlage kleiner als 1 Millisievert pro Jahr ist. Nun, da die Reaktoren stabil sind, plant die Regierung, die nach dem Reaktorunfall gesperrten Zonen und die evakuierten Gebiete zu überprüfen.

... und Stilllegungsplan veröffentlicht

Wenige Tage nach Nodas Bekanntgabe hat das japanische Ministerium für Wirtschaft, Handel und Industrie einen mittel- und langfristigen Plan zur endgültigen Stilllegung der havarierten Kernkraftwerkseinheiten von Fukushima-Daiichi veröffentlicht. Demnach wird die Stilllegung rund 50 Jahre in Anspruch nehmen. Da ein stabiler Zustand der Reaktoren erreicht worden ist und zudem die Strahlenbelastung deutlich verringert werden konnte, sind die Voraussetzungen zur Umsetzung des Stilllegungsplans

Redaktion:
M.-F. Aepli, R. Bilang,
M. Brugger, M. Rey,
M. Schorer, D. Stebler

Nuklearforum Schweiz
Postfach 1021
3000 Bern 14
Telefon 031 560 36 50
Telefax 031 560 36 59
info@nuklearforum.ch
www.nuklearforum.ch

Erscheint 12-mal jährlich
ISSN 1421-0347

© 2012 by Nuklearforum Schweiz

gegeben. Laut Plan werden die Reaktoren weiterhin gekühlt, um den stabilen Zustand zu erhalten.

Fukushima-Daiichi: Kritik an Betreiberin, Behörden und Regierung

Eine von der japanischen Regierung im Mai 2011 eingesetzte unabhängige Kommission hat in einem Zwischenbericht das Verhalten der Betreiberin Tokyo Electric Power Company (Tepco) und der Regierung vor und nach dem Reaktorunfall im Kernkraftwerk Fukushima-Daiichi mit klaren Worten kritisiert. Sie hätten sich ungenügend vorbereitet, die Katastrophe falsch eingeschätzt und fehlerhaft reagiert. Das Katastrophenmanagement habe versagt. In dem von der japanischen Regierung am 26. Dezember 2011 freigegebenen Zwischenbericht hat die Kommission 456 Interviews ausgewertet, darunter von Mitarbeitenden der Tepco und Regierungsbeamten. Die Kommission plant, Regierungsvertreter zu befragen, um weitere Erkenntnisse zur Krisenhandhabung zu erhalten und konkrete Massnahmen vorzuschlagen. Im Sommer 2012 soll der Schlussbericht veröffentlicht werden.

Bundesrat konkretisiert Energiestrategie 2050

Der Bundesrat will den Umbau der Schweizer Energiepolitik mit Massnahmen in den Bereichen Energieeffizienz, erneuerbare Energien, fossile Kraftwerke, Netze und Forschung sicherstellen. Er hat Ende November 2011 diese Stossrichtung konkretisiert. Der Bundesrat sieht sowohl bei den Gebäuden und Elektrogeräten als auch bei Industrie, Dienstleistungen und Mobilität beträchtliches Einsparpotential von 35,5 Terawattstunden (TWh) bis 2020 und zusätzliche 44,5 TWh bis 2035. Zum Vergleich: Der gesamte Energieverbrauch 2010 betrug in der Schweiz 253 TWh. Gleichzeitig soll die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien bis 2020 um mindestens 4 TWh und bis 2035 um weitere 9 TWh erhöht werden. Zudem wird der Einbezug fossiler Kraftwerke nicht ausgeschlossen und die Hochspannungs- und Verteilnetze für die Umsetzung der Energiestrategie 2050 müssen weiter ausgebaut und erneuert werden. Um den Umbau des Energiesystems zu finanzieren sind Bund, Kantone, die Unternehmen sowie

die Bevölkerung gleichermaßen gefordert, räumt der Bundesrat ein. Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) wird beauftragt, bis im Frühling 2012 die nötigen Massnahmen zu erörtern und eine Kostenübersicht auszuarbeiten.

Spanien: Zwischenlager-Standort ausgewählt

Die spanische Regierung hat am 30. Dezember 2011 die Kandidatur von Villar de Cañas, rund 130 km südöstlich von Madrid, als Standortgemeinde für ein Zwischenlager für ausgediente Brennelemente und hochradioaktive Abfälle angenommen. Villar de Cañas hat sich gegen sieben Interessenten durchgesetzt. Das Projekt umfasst den Bau eines Zwischenlagers für die trockene Lagerung ausgedienter Brennelemente der spanischen Kernkraftwerke und verglaster hochradioaktiver Abfälle, ein Zentrum zur Erforschung radioaktiver Abfälle, einen Industriepark und eine Wohnsiedlung für die Mitarbeiter. Die Enresa, die mit dem Bau beauftragt worden ist, wird nach eigenen Angaben in den nächsten Wochen die nötigen Schritte für den Baubeginn einleiten.

EU-Parlament genehmigt Iter-Budget

Am 13. Dezember 2011 sprach sich das Europäische Parlament dafür aus, die finanziellen Mittel für den Internationalen Thermonuklearen Experimentalreaktor (Iter) um 1,3 Milliarden Euro aufzustocken. Die Erhöhung gilt für das Budget der Jahre 2012 und 2013. 100 Millionen Euro sind bereits im Budget 2012 vorgesehen. Weitere 840 Millionen Euro sollen aus nicht verwendeten EU-Mitteln des Budgets 2011 kommen. Die übrigen 360 Millionen Euro sollen aus dem Budget 2013 finanziert werden, wobei eine Entscheidung über die genaue Finanzierung erst im Rahmen der Budgetverhandlungen für 2013 getroffen werden soll. Der Ministerrat muss nun noch darüber befinden.

Die «Kernpunkte» können Sie auch als elektronischen Newsletter unter www.nuklearforum.ch bestellen.